Landkreis Uckermark
Ausschuss für Regionalentwicklung

Prenzlau, den 28.05.2018
Tel. 03984/701007

**Niederschrift der 16. Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 14.05.2018 - öffentlicher Teil**

Datum: 14.05.2018
Zeit: 17:00 Uhr –19:14 Uhr
Ort: Kreisverwaltung Uckermark in Prenzlau, Karl-Marx-Straße 1, Haus 4, Raum 301

**Anwesende Ausschussmitglieder:**

**SPD/BVB-Fraktion**

| | | |
|---|---|---|
| Herr Burkhard Fleischmann | SPD/BVB | |
| Herr Herbert Heinemann | SPD/BVB | |
| Herr Jürgen Hoppe | SPD/BVB | |
| Herr Olaf Theiß | SPD/BVB | |

**CDU-Fraktion**

| | | |
|---|---|---|
| Herr Dr. Hans-Otto Gerlach | CDU | |
| Herr Reinhold Klaus | CDU | |
| Herr Josef Menke | CDU | |
| Herr Siegfried Schön | CDU | |

**Fraktion DIE LINKE**

| | | |
|---|---|---|
| Herr Reiner Prodöhl | DIE LINKE | (ab 17:09 Uhr) |
| Herr Günter Tattenberg | DIE LINKE | |

**FDP-Fraktion**

| | |
|---|---|
| Herr Klaus Scheffel | FDP |

**Fraktion Bauern-Ländlicher Raum**

| | |
|---|---|
| Herr Achim Rensch | BLR |

**Fraktion Grüne/RdUM**

| | |
|---|---|
| Frau Birgit Bader | Grüne/RdUM |

**Verwaltung**

| | |
|---|---|
| Herr Bernd Brandenburg | 1. Beigeordneter |
| Herr Karsten Stornowski | 3. Beigeordneter |
| Herr Wolfgang Loose | Kreisbrandmeister |
| Frau Britt Stordeur | Amtsleiterin Amt für Kreisentwicklung, Wirtschaftliche Infrastruktur, Tourismus |

**Schriftführer**

| | |
|---|---|
| Herr Wolfgang Gerhardt | Büro des Kreistages |

**Gäste**

| | |
|---|---|
| Herr Jörn Klitzing | Leiter der IHK-Geschäftsstelle Eberswalde |
| Frau Brigitte Eikemper-Gerlach | Sachkundige Einwohnerin - Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung |

**Abwesende Ausschussmitglieder:**

**Sachkundige Einwohner**

| | |
|---|---|
| Herr Thomas Simon | SPD/BVB |
| Herr Wolfgang Steffini | CDU |
| Frau Heidi Hartig | DIE LINKE |

**zu TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Herr Hoppe begrüßt die Mitglieder des REA, den 1. Beigeordneten Herrn Brandenburg, den 3. Beigeordneten Herrn Stornowski, die weiteren Mitarbeiter der Verwaltung sowie die Gäste.

Herr Hoppe teilt mit, dass 12 Kreistagsmitglieder des Ausschusses anwesend sind und der Ausschuss somit beschlussfähig ist

**zu TOP 2: Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)**

Herr Hoppe teilt mit, dass die Tagesordnung allen Ausschussmitgliedern form- und fristgerecht zugegangen ist.

**zu TOP 2.1: Anträge zur Tagesordnung**

Herr Hoppe informiert, dass zwischenzeitlich mit DS-Nr.: AN/089/2018 noch ein Antrag eines einzelnen Kreistagsmitgliedes eingegangen ist, über dessen Aufnahme in die heutige Tagesordnung der Ausschuss gemäß § 12 Absatz 3 GeschO zu entscheiden hat. Da dieser Antrag auch nicht fristgerecht eingegangen ist, ist außerdem noch die Dringlichkeit des Antrages gemäß § 6 Absatz 3 Satz 2 GeschO zu begründen.

**zu TOP 2.1.1: Uckermark sagt JA zu Tegel**
**AN/089/2018**
**Heinemann, Herbert**

Herr Hoppe bittet zunächst Herrn Heinemann, die Dringlichkeit des Antrages AN/089/2018 zu begründen.

Herr Heinemann begründet die Dringlichkeit damit, dass er den Antrag erst einreichen wollte, nach dem in der SPD/BVB-Fraktion darüber gesprochen wurde. Außerdem sieht er dringenden Handlungsbedarf darin, so schnell wie möglich über den Weiterbetrieb des Flughafens Tegel zu entscheiden.

*Der Ausschuss für Regionalentwicklung stimmt der Aufnahme des Antrages AN/089/2018 in die heutige Tagesordnung zu.*

*Abstimmungsergebnis: Ja: mehrheitlich*

Damit ist der Antrag AN/089/2018 in die heutige Tagesordnung aufgenommen. Die Behandlung erfolgt unter dem TOP Anträge als TOP 7.2.

*Der Ausschuss für Regionalentwicklung stimmt der so geänderten Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung zu.*

*Abstimmungsergebnis: Ja: einstimmig*

Die Sitzung hat somit folgende Tagesordnung im öffentlichen Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)
   - 2.1 Anträge zur Tagesordnung
   - 2.1.1 Uckermark sagt JA zu Tegel
     AN/089/2018
     Heinemann, Herbert
3. Bestätigung der Niederschrift der 15. Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 19.02.2018 - öffentlicher Teil
   025/2018
4. Informationen
5. Einwohnerfragestunde
6. Anfragen
   - 6.1 Zukunftsfähige Gestaltung des ÖPNV
     AF/072/2018
     Dr. Gerlach, Hans-Otto
7. Anträge
   - 7.1 Förderung der ehrenamtlichen Jugendarbeit des Katastrophenschutzes im Landkreis Uckermark
     AN/085/2018
     SPD/BVB-Fraktion, Fraktion DIE LINKE, FDP-Fraktion
   - 7.2 Uckermark sagt JA zu Tegel
     AN/089/2018
     Heinemann, Herbert
8. Bericht des Kreisbrandmeisters 2017
   BR/059/2018
9. Berichterstattung über die 2. Änderung des Konsortialvertrages der ICU GmbH
   BR/070/2018
10. Information zum Arbeitskreis Nord - Zukunft Uckermark
    BR/078/2018

**zu TOP 3: Bestätigung der Niederschrift der 15. Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 19.02.2018 - öffentlicher Teil**
**025/2018**

Herr Hoppe informiert, dass Herr Dr. Gerlach in einer E-Mail vom 05.03.2018 an Herrn Gerhardt vom Kreistagsbüro Anmerkungen zur Niederschrift des REA vom 19.02.2018 (öffentlicher Teil) bezüglich der gemeinsamen Behandlung der Anträge AN/836/2017/1 und AN7042/2018 sowie zu dem unter TOP 7.2 vermerkten Abstimmungsergebnis gemacht hat. Herr Dr. Gerlach wurde daraufhin gebeten, sich mit dem Ausschussvorsitzenden Herrn Hoppe bezüglich seiner Anmerkungen ins Benehmen zu setzen, was bisher jedoch nicht erfolgt ist.

Herr Hoppe weist darauf hin, dass das Schreiben von Herrn Dr. Gerlach nicht als Einwendung zur Niederschrift, sondern als Bitte formuliert wurde, etwas zu ändern. Er möchte von Herrn Dr. Gerlach wissen, ob sich die Angelegenheit zwischenzeitlich erledigt hat oder ob jede einzelne Anmerkung heute thematisiert werden soll.

*(Herr Prodöhl kommt um 17:09 Uhr.)*

Herr Dr. Gerlach verzichtet auf eine weitere Thematisierung seiner Anmerkungen zur Niederschrift in der heutigen Sitzung.

Herr Hoppe stellt fest, dass innerhalb der vorgesehenen Frist keine Einwände gegen die Niederschrift der 15. Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung am 19.02.2018 - öffentlicher Teil eingegangen sind und die Niederschrift damit als bestätigt gilt.

**zu TOP 4: Informationen**

Herr Hoppe merkt an, dass keine Informationen vorliegen.

**zu TOP 5: Einwohnerfragestunde**

Herr Hoppe stellt fest, dass keine Einwohnerfragen vorliegen.

**zu TOP 6: Anfragen**

**zu TOP 6.1: Zukunftsfähige Gestaltung des ÖPNV**
**AF/072/2018**
**Dr. Gerlach, Hans-Otto**

Herr Dr. Gerlach bedankt sich für die bereits erhaltene schriftliche Beantwortung seiner Anfrage, die er für sehr umfangreich hält.

In Ergänzung seiner Anfrage möchte Herr Dr. Gerlach noch wissen, inwieweit man den Bedarfsverkehr ausbauen kann und wie man aus dem Bedarf der Bevölkerung heraus eine Konzeption für diese Bedarfsdeckung entwickeln kann. Er hinterfragt auch, wie zwischenzeitlich das „Problem Lychen“ gelöst wurde.

Herr Brandenburg macht im Zusammenhang mit der Digitalisierung auf die vielfältigen Möglichkeiten des Marktes für die urbanen Räume aufmerksam, wobei er die Möglichkeiten für die ländlichen Räume für schwierig hält. Er weist auf die bereits in

den ÖPNV integrierten privaten Taxiunternehmen hin und merkt an, dass diese Dienstleistungen in den neuen Bundesländern jedoch nur schlecht nachgefragt werden.

Herr Brandenburg weist auf den vorhandenen Rechtsrahmen und auf das Tarifsystem des VBB hin, wo die Bedarfsverkehre hineinpassen müssten. Des Weiteren würden sogenannte Experimentierklauseln benötigt.

Zur Problematik Lychen erinnert Herr Brandenburg an die gefassten Beschlüsse des Kreistages, wonach der beschlossene Busfahrplan plus zwei Verstärkerfahrten an den Wochenenden während der Saison, im Juni, Juli und August, umgesetzt wird. Ansonsten sollen anhand von Fahrgastzählungen im Februar und in der Saison dieses Jahres entsprechende Rückschlüsse zu Lychen gezogen werden.

Herr Brandenburg nimmt noch auf die laufende Evaluierung des Nahverkehrsplanes und auf die hierzu bereits eingegangenen Stellungnahmen Bezug. Er merkt an, dass bereits ein externes Unternehmen beauftragt wurde, den Nahverkehrsplan entsprechend zu evaluieren.

Herr Rensch merkt an, dass die Saison nicht schon im Juni, sondern erst Anfang Juli mit Beginn der Sommerferien beginnt.

**zu TOP 7: Anträge**

**zu TOP 7.1: Förderung der ehrenamtlichen Jugendarbeit des Katastrophenschutzes im Landkreis Uckermark**
**AN/085/2018**
**SPD/BVB-Fraktion, Fraktion DIE LINKE, FDP-Fraktion**

Herr Rensch möchte wissen, wo die Jugendarbeit im Katastrophenschutz ausgeführt wird.

Herr Brandenburg merkt an, dass das Deutsche Rote Kreuz (DRK) Partner des Landkreises im Katastrophenschutz ist und dass das DRK auf seinen unterschiedlichen Standorten im Landkreis Jugendarbeit betreibt. Er weist u.a. darauf hin, dass die Organisationsstruktur des DRK ähnlich wie bei der Freiwilligen Feuerwehr aufgebaut ist.

Auf Nachfrage von Herrn Rensch, ob es sich um Förderung einer kreislichen Angelegenheit handelt, macht Herr Brandenburg darauf aufmerksam, dass der Katastrophenschutz eine kreisliche Aufgabe darstellt und es sich somit um eine kreisliche Förderung handelt.

Frau Bader bittet um Ergänzung durch eine entsprechende Anlage, aus der zu ersehen ist, wie die Jugendarbeit bis jetzt ausgesehen hat und wer genau davon profitieren soll, welche Jugendgruppen oder welche Trainer.

Herr Hoppe bittet zu Protokoll zu nehmen, dass Frau Bader wünscht, dass die Verwaltung die Organisation im Katastrophenschutz im Landkreis Uckermark im Kreistag entsprechend erläutert.

Herr Menke möchte wissen, ob es im Rahmen der Gleichbehandlung auch eine Förderung für die Jugendfeuerwehr gibt.

Herr Brandenburg macht darauf aufmerksam, dass es sich vorliegend nicht um eine Vorlage der Verwaltung handelt. Er merkt an, dass die Erarbeitung einer Berichtsvorlage möglich ist, in der dargestellt wird, wie die Jugendarbeit im Katastrophenschutz organisiert ist und woraus sich diese finanziert. Herr Brandenburg teilt u.a. noch mit, dass die Jugendfeuerwehren Geld über die Feuerwehrverbände nach Mitgliederzahlen erhalten. Bezüglich der angesprochenen Gleichbehandlung ist Herr Brandenburg jedoch der Auffassung, dass er diese wegen der unterschiedlichen Intensität der Inanspruchnahme der einzelnen Verbände für schwierig hält.

Herr Hoppe macht noch darauf aufmerksam, dass die Gemeinden und Ämter für den Brandschutz im Landkreis und somit auch für die Unterhaltung der freiwilligen Feuerwehren und der Jugendfeuerwehren zuständig sind. Er teilt mit, dass die Zuständigkeit für den Katastrophenschutz hingegen beim Landkreis liegt.

Herr Scheffel sieht noch eine Menge offener Fragen, die geklärt werden müssten. Er schlägt deshalb vor, den Antrag bis zur Sitzung des Kreistages durchzureichen und dort eine Entscheidung zu treffen.

Herr Hoppe greift den Vorschlag von Herrn Scheffel auf und bittet um Abstimmung darüber, dass der Ausschuss über den Antrag AN/085/2018 heute nicht abstimmt, sondern ihn zur Kenntnis nimmt und an den Kreistag weiterleitet.

*Der Ausschuss für Regionalentwicklung beschließt, heute nicht über den Antrag AN/085/2018 abzustimmen, sondern ihn zur Kenntnis zu nehmen und an den Kreistag weiterzuleiten.*

*<u>Abstimmungsergebnis:</u> Ja: mehrheitlich*

**zu TOP 7.2: Uckermark sagt JA zu Tegel**
**AN/089/2018**
**Heinemann, Herbert**

Herr Heinemann hält die Offenhaltung des Flughafens Berlin-Tegel für erforderlich, da schon jetzt absehbar sei, dass der Flughafen BER nach seiner Fertigstellung nicht in der Lage sein wird, ganz den Anforderungen gerecht zu werden. Auch hält er die Offenhaltung des Flughafens von Berlin-Tegel im Sinne einer späteren gleichmäßigen Verteilung der Lärmbelästigung für die Bevölkerung von Berlin und Brandenburg durch Flughäfen Berlin-Tegel und BER für gerecht.

Herr Dr. Gerlach bemängelt u.a., dass die Brandenburger Landkreise in Bezug auf die Offenhaltung von Berlin-Tegel als Verkehrsflughafen kaum gehört wurden und kündigt seine Unterstützung für den vorliegenden Antrag an.

Herr Scheffel teilt mit, dass es ihm schwer fällt über eine Sache abzustimmen, bei der nicht davon überzeugt ist, dass sich dadurch etwas tut.

Herr Theiß merkt an, dass es unabhängig von der Erreichbarkeit des zukünftigen Flughafens BER oder sonstigem auch darum geht, eine entsprechende Betriebssicherheit oder Ausweichmöglichkeit im Katastrophenfall zu haben. Des Weiteren geht es für ihn neben Kapazitätsfragen auch darum, einen ordentlichen Flugverkehr aufrechtzuerhalten. Herr Theiß plädiert dafür, sich als Landkreis für die Offenhaltung des Flughafens Berlin-Tegel zu artikulieren.

Herr Hoppe spricht sich dafür aus, sich als Brandenburger nicht für den Erhalt von Berliner Flughäfen, sondern für den Erhalt von Brandenburger Flughäfen als Ausweichflugplätze einzusetzen, auch um dadurch Arbeitsplätze in Brandenburg zu erhalten.

Herr Menke unterstützt den vorliegenden Antrag in der Hoffnung, dass sich auch andere Brandenburger Landkreise in dieser Angelegenheit entsprechend positionieren.

Herr Prodöhl nimmt auf die Ausführungen von Herrn Scheffel Bezug und bringt zum Ausdruck, dass er dem vorliegenden Antrag kaum Erfolgschancen einräumt.

*Der Ausschuss für Regionalentwicklung stimmt dem Antrag zu und empfiehlt dem Kreistag:*

*„Der Kreistag fordert den Landtag und die Landesregierung von Brandenburg auf, Änderungen am Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin - Brandenburg (LEP HR) dahingehend vorzunehmen, dass ein Weiterbetrieb des Verkehrsflughafens Berlin – Tegel (TXL) samt Linienflugverkehr und Pauschalflugreiseverkehr dauerhaft möglich bleibt.“*

*<u>Abstimmungsergebnis:</u> Ja: mehrheitlich*

**zu TOP 8: Bericht des Kreisbrandmeisters 2017**
**Vorlage: BR/059/2018**

Herr Loose bittet darum, mögliche Fragen, Hinweise oder Anregungen zum vorliegenden Bezug an ihn heranzutragen.

Herr Theiß hinterfragt u.a. die personelle Besetzung der Ortsfeuerwehren. Herr Loose merkt an, dass nach seiner Einschätzung nach 16:00 Uhr keine Probleme gibt, wobei er tagsüber Probleme hinsichtlich der Besetzung der Ortsfeuerwehren im ländlichen Raum sieht. Er weist aber darauf hin, dass auf Grund der vorliegenden Alarmierungspläne die Einsatzbereitschaft der Feuerwehren durch die Träger des Brandschutzes gewährleistet werden konnte.

Herr Brandenburg informiert, dass im Zuge der Evaluierung des Brand- und Katastrophenschutzgesetzes überlegt wird, das System von Stützpunktfeuerwehren mit umliegenden ergänzenden Feuerwehren zu einem System von Schwerpunktfeuerwehren weiterzuentwickeln, wobei nicht alle Stützpunktfeuerwehren zu Schwerpunktfeuerwehren werden. Er merkt an, dass diese Schwerpunktfeuerwehren mit hauptamtlichen Kräften besetzt werden sollen.

Herr Dr. Gerlach möchte u. a, wissen, wie viele Fälle bekannt sind, wo eine Hilfeleistung wegen mangelnder Einsatzfähigkeit nicht mehr stattfinden konnte. Er weist in diesem Zusammenhang auch auf den Rettungsdienst mit seinen Hilfsfristen hin.

Herr Loose teilt mit, dass solche Fälle aus der Uckermark nicht bekannt sind und dass eine mögliche Hilfeleistung wesentlich von der rechtzeitigen Alarmierung der Feuerwehr abhängt.

Herr Brandenburg macht darauf aufmerksam, dass es im Gegensatz zu den Rettungsdiensten beim Brandschutz keine Hilfsfristen gibt und deshalb keine statistische Auswertung erfolgen kann.

Auf nochmalige Nachfrage von Herrn Dr. Gerlach merkt Herr Loose an, dass es im Landkreis grundsätzlich keine mangelnde Einsatzbereitschaft der Feuerwehren gibt. Er weist darauf hin, dass durch die Alarm- und Ausrücke-Ordnung gewährleistet wird, dass grundsätzlich geholfen wird.

Herr Günter Tattenberg möchte wissen, was die Statistik zwischen Kleinbränden A und B versteht.

Herr Loose teilt mit, dass die Einstufung nach der Anzahl der eingesetzten Strahlrohre erfolgt.

Herr Brandenburg macht u.a. darauf aufmerksam, dass zur Gewährleistung der Einsatzbereitschaft der Feuerwehren im Landkreis Uckermark jeder Träger des Brandschutzes eine Gefährdungsanalyse erarbeitet, auf dessen Grundlage er seine Alarm- und Ausrückeordnung erstellt.

Herr Prodöhl bemängelt u.a., dass bereits seit Jahren bekannt ist, wie es sich mit der Einsatzbereitschaft der Feuerwehr an den einzelnen Wochentagen verhält, dieses dem Bericht aber nicht zu entnehmen ist. Des Weiteren kritisiert er, dass laut Bericht des Kreisbrandmeisters bereits seit vier Jahren die Probleme hinsichtlich der begrenzten Kapazität der Landesfeuerwehrschule in Eisenhüttenstatt bekannt sind, sich an dem unbefriedigendem Zustand bisher aber nichts geändert hat.

Herr Loose merkt an, dass die Entwicklung der Lehrplatzzuweisungen an der Landesfeuerwehrschule in Eisenhüttenstatt dem Bericht zu entnehmen ist. Er weist darauf hin, dass bereits seit Jahren versucht wurde, Möglichkeiten zur Kompensation der vorhandenen Mängel zu starten, was bisher jedoch noch nicht zum Erfolg geführt hat. Herr Loose weist darauf hin, dass fehlende ausgebildete Lehrer nicht nur ein regionales, sondern ein bundesweites Problem darstellen. Er ist der Meinung, dass sich an dem derzeitigen Zustand an der Landesfeuerwehrschule in Eisenhüttenstatt ohne eine Aufstockung des Personals mit ausgebildeten Lehrern nichts ändern wird. Herr Loose weist noch darauf hin, dass der Landkreis im Jahr 2018 von 310 beantragten Ausbildungsplätzen für Feuerwehrkräfte nur 116 Plätze bewilligt bekommt. Dadurch wird Qualifizierung von Nachwuchskräften als dringend benötigte Führungskräfte vor Ort gefährdet.

Herr Rensch hält es für richtig, sich als Landkreis an das zuständige Ministerium zu wenden, um Abhilfe in dieser Angelegenheit zu schaffen.

Herr Hoppe schlägt vor, dass sich die Gemeinden und Ämter mal zusammensetzen und den aktuellen Stand zusammenfassen, damit man mit entsprechenden Argumenten agieren kann. Er ist der Meinung, dass die Gemeinden und Ämter viel tiefergehende Daten zur Verfügung haben als der Landkreis.

Herr Heinemann und Frau Bader halten die Ausbildung junger Leute als Nachwuchskräfte für sehr wichtig. Frau Bader plädiert dafür, als Landkreis die Forderung zu stellen, mehr Lehrer einzustellen, um sicherzustellen, dass ausbildungswillige Leute vor Ort auch ausgebildet werden können.

Herr Theiß sieht in der Angelegenheit ein gesamtgesellschaftliches Problem, was nur durch den Bund durch eine geänderte Gesetzgebung und Bereitstellung entsprechender finanzieller Mittel abgeändert werden kann. Er regt an, fraktionsübergreifend einen Antrag zu erarbeiten, um spezielle Forderungen gegenüber dem Land aufzumachen, damit sich das Land mit diesen Forderungen weiter an den Bund als Gesetzgeber wenden kann. Herr Theiß teilt mit, dass er einen fraktionsübergreifenden Antrag erarbeiten wird und bittet in diesem Zusammenhang den Kreisbrandmeister um Unterstützung bei der Formulierung spezieller Forderungen gegenüber dem Land.

Herr Rensch macht darauf aufmerksam, dass Feuerwehrleute mit 65 Jahren den aktiven Dienst beenden müssen, wobei der Bürger normalerweise bis 67 Jahre arbeiten muss. Er regt an, bei Feuerwehrleuten auch eine Anpassung auf 67 Jahre vorzunehmen.

Herr Loose teilt mit, dass dieses von Seiten des Gesetzgebers bereits berücksichtigt wurde und in der ersten Hälfte des nächsten Jahres wirksam werden soll.

*Der Ausschuss für Regionalentwicklung nimmt die Berichtsvorlage zur Kenntnis.*

**zu TOP 9: Berichterstattung über die 2. Änderung des Konsortialvertrages der ICU GmbH**
**Vorlage: BR/070/2018**

*Der Ausschuss für Regionalentwicklung nimmt die Berichtsvorlage zur Kenntnis.*

**zu TOP 10: Information zum Arbeitskreis Nord - Zukunft Uckermark**
**Vorlage: BR/078/2018**
**Klitzing, Jörn**

Herr Klitzing informiert über den Arbeitskreis Nord - Zukunft Uckermark und die damit verbundenen Ziele.

Er weist u.a. darauf hin, dass der Arbeitskreis Nord bereits vor Jahren als selbstorganisierter Verbund von Unternehmen aus der Region mit Verknüpfung zur Verwaltung bestand. Herr Klitzing merkt an, dass die Arbeit des Arbeitskreises Nord nach Umsetzung gewisser Infrastrukturprojekte u.a. zwischenzeitlich aus verschiedenen Gründen etwas eingeschlafen ist. Trotz der guten Konjunktur und einer gewissen Zufriedenheit bei den Unternehmen wurde jedoch inzwischen durch immer mehr Unternehmen artikuliert, dass sie eine gewisse Weitsicht in der Region vermissen und sie teilhaben möchten an Ideen für eine langfristige Entwicklung im Landkreis.

Herr Klitzing merkt an, dass sich aus verschiedenen Diskussionen heraus ergeben hat, dass es Vorstellungen seitens der Wirtschaft gibt, die zu Papiergebracht werden sollen, um auch gegenüber der Landesregierung zu zeigen, dass Wirtschaft zum Teil einen anderen Blickwinkel hat als Politik und Verwaltung.

Er teilt mit, das man sich in einem ersten Strategiekreis unter Beteiligung des Bürgermeisters der Stadt Schwedt/Oder, der Unternehmervereinigung Uckermark, dem Investor Center Uckermark, dem Landrat, der PCK-Raffinerie Schwedt/Oder, der LEIPA GmbH Schwedt/Oder, Frau Mittelstädt für die Landwirtschaft und der IHK Ost-Brandenburg zusammengesetzt hat um zu überlegen, wie der Standpunkt der Wirtschaft noch besser nach außen getragen werden kann, zusammen mit Politik und Verwaltung.

Herr Klitzing informiert, dass es aus diesem Strategiekreis heraus zu der Idee einer Wiederbelebung des Arbeitskreises Nord kam, jedoch jetzt mit dem Zusatz „Zukunft Uckermark“, da es um die Gestaltung der Uckermark geht. Herr Klitzing weist noch auf den Wirtschaftsrahmenplan hin, der auch entsprechende Zielvorgaben für den Landkreis zur Entwicklung der Wirtschaft in der Uckermark enthält. Er merkt an, dass es bisher noch nicht gelungen ist, über den Steuerungskreis hinaus die Wirtschaftsaktiven zu identifizieren, die an einem Strategiepapier für die Uckermark mitarbeiten wollen.

Herr Klitzing berichtet, dass die erste Sitzung des Arbeitskreises Nord - Zukunft Uckermark am 15.02.2018 stattfand, zu der 173 Einladungen nach Regional- und Branchenproporz versandt wurden. Er merkt an, dass ca. 70 der Eingeladenen zur Auftaktveranstaltung des Arbeitskreises Nord - Zukunft Uckermark erschienen sind. Herr Klitzing informiert, dass es zu dieser Veranstaltung ein „Forderungspapier Strukturwandel Uckermark“ gab, das als erste Anregung dahingehend gedacht ist, wie man sich die Arbeit vorstellt. Herr Klitzing weist darauf hin, dass zurzeit noch entsprechende Argumentationen und Ergänzungen seitens der Unternehmen hierzu erfasst werden.

Herr Klitzing macht darauf aufmerksam, dass es sich bei dem Forderungspapier „Strukturwandel Uckermark“ um eine Entwurfsdiskussion handelt, bei der dieses Papier gemeinsam mit den Unternehmen komplettiert wird. Er merkt an, dass langfristig auch eine wissenschaftliche Begleitung angedacht ist, weil sich herausgestellt hat, dass die Regionen nur deshalb gehört werden, weil sie konkret mit Zahlen und Fakten und somit mit klar verifizierbaren Grundlagen arbeiten. Außerdem sollen auf der Grundlage der Vorgaben der Unternehmen konkrete Arbeitsaufträge verteilt werden.

Herr Klitzing weist darauf hin, dass derjenige, der den Zuschlag für die Erarbeitung eines entsprechenden Strategiepapiers erhält, klar gesagt bekommt, was die Unternehmen von diesem Strategiepapier erwarten.

Er kündigt an, dass die nächste Sitzung des Arbeitskreises Nord - Zukunft Uckermark am 14.06.2018 in der PCK-Raffinerie in Schwedt/Oder stattfindet.

Herr Klitzing teilt mit, dass nach Abschluss der wissenschaftlichen Begleitung etwa im November 2018 ein entsprechendes Strategiepapier für die Uckermark vorgestellt werden soll, das den Zeitraum 2030 – 2050 umfasst und eine Strategievorgabe dahingehend beinhalten wird, was die Wirtschaft von Politik und Verwaltung für die Region erwartet.

Herr Hoppe sagt die Unterstützung der Wirtschaft durch den Ausschuss für Regionalentwicklung zu und bittet darum, im Ausschuss Dinge anzusprechen, die der Wirtschaft der Uckermark nutzen.

Auf Wunsch der Ausschussmitglieder stellt Herr Klitzing das in seinem Vortrag angesprochene „Forderungspapier Strukturwandel Uckermark“ in schriftlicher Form zur Verfügung (s. **Anlage**).

*„Der Ausschuss für Regionalentwicklung nimmt die Berichtsvorlage zur Kenntnis.“*

zur Kenntnis genommen:

In Vertretung

gez. Jürgen Hoppe
Ausschussvorsitzender

gez. Bernd Brandenburg
1. Beigeordneter

gez. Wolfgang Gerhardt
Schriftführer